

Wege aus der Krise - Thesen zur EU Integrations-Debatte

Die Eurokrise wird bei Attac auf vielen Ebenen diskutiert, wobei ich für folgenden Beitrag eine Ebene herausgreifen möchte, die zuletzt auch auf dem Ratschlag und beim EUropa-Seminar in Bielefeld kontrovers diskutiert wurde: das Thema EU-Integration, an das sich für Attac die Frage anschließt, wie und wohin wir unsere politischen Forderungen in Zukunft richten (müssen), um ihnen Gehör zu verschaffen. Im Folgenden soll die These vertreten werden, dass eine verstärkte Integration der EU, sei sie demokratisch oder undemokratisch, die Möglichkeiten zu politischen Interventionen aus der Zivilgesellschaft und seitens der Gewerkschaften erheblich erschwert, während sie einer fortlaufende Neoliberalisierung in der EU den Weg bereitet. Die Schaffung neuer Institutionen wie die eines Euro-Parlaments, aber auch weitere Kompetenzverlagerungen von den EU-Ländern zum Europäischen Parlament stellen deshalb momentan keine politische Alternativen dar. Diese Position ist nicht als anti-europäische zu verstehen, sondern sie soll eine emanzipatorische Kritik an der EU in ihrer jetzigen Form ermöglichen.

Peter Wahl hat beim Europa-Seminar in Bielefeld eine Definition des Begriffs Integration eingeführt, die auch für die Debatte bei Attac hilfreich sein könnte und an die ich mich folgend halte. Mit Integration ist danach ausschließlich die Verlagerung politischer Kompetenzen von den Nationalstaaten hin zu supranationalen Institutionen (z. B. Kommission, Europäisches Parlament) gemeint, nicht aber eine intergouvernementale, also zwischenstaatliche Zusammenarbeit der Mitgliedsländer.

In Attac ist unstrittig, dass die beschlossenen und bevorstehenden Integrationsschritte wie der Six-Pack, der Fiskalpakt und nun die Maßnahmen für eine Fiskal- und Wirtschaftsunion unsozial und eine Gefahr für die Demokratie sind und deswegen abgelehnt werden. Sodann stellt sich die Frage, ob eine andere, demokratische Integration derzeit realistisch erscheint, die der Vision eines sozialen, friedlichen und ökologischen Europa entspricht und zugleich demokratischen Prämissen genügt.

Derzeit sind die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und die geronnenen Machtverhältnisse in Europa so verteilt, dass sich diese Vorstellungen auf EU-Ebene nicht ansatzweise durchsetzen lassen. Die aktuellen Parlamentsmehrheiten in den EU-Ländern und die Zustimmung einer großen Mehrheit im Europäischen Parlament (inkl. Sozialdemokraten und Grünen) zum Van-Rompuy Papier vor wenigen Wochen machen dies deutlich. Unter diesen Vorzeichen wird eine verstärkte Integration, sei sie undemokratisch (wie im Falle der geplanten Fiskal- und Wirtschaftsunion) oder quasi-demokratisch (etwa durch die Verlagerung nationalstaatlicher Kompetenzen hin zum Europäischen Parlament und nicht zur Kommission), die sozialen Abwehrkämpfe in den EU-Ländern gegen die aktuelle Krisenpolitik erschweren. Ein Mehr an Europa muss deshalb aus linker Perspektive nicht per se gut sein.

Dies bedeutet im Umkehrschluss natürlich nicht, dass eine Rückabwicklung der EU das Gebot der Stunde ist und der Nationalstaat sein Revival erleben sollte. Attac muss global denken und die europäische Dimension der Proteste gegen die Krisenpolitik stärken – „Griechenland ist überall“. Dabei ist wichtig, im Blick zu behalten, dass eine Supranationalisierung von Politikprozessen Politik abstrakter und unnahbarer macht und damit Wege der Einflussnahme und des Widerstands blockiert. Werden Kompetenzbefugnisse nach Brüssel delegiert und mit Durchgriffsrechten auf die Politiken der EU-Länder ausgestattet, wird es für nationale Parlamente und soziale Bewegungen schwieriger, die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in ihren Ländern progressiv zu beeinflussen. Für alle (insbesondere die bisher am meisten unter der Austeritätspolitik leidenden) EU-Länder würde dies eine noch stärker institutionalisierte Bindung an- und Gängelung durch die neoliberal dominierte EU bedeuten. Der Six-Pack und der Fiskalpakt zeigen dies bereits. Eine demokratischere Integration würde daran zum jetzigen Zeitpunkt nichts ändern, sondern sozialem Protest die Durchschlagskraft nehmen und eine zum Neoliberalismus alternative Politik erschweren.

Schwerlich vorstellbar auch, dass die Einrichtung eines demokratischen Verfassungskonvents für die EU daran etwas änderte: Attac-Positionen wären wohl auch hier marginalisiert, ein anderes, besseres Europa alles andere als garantiert.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob eine vertiefte Europäische Integration überhaupt demokratisch bzw. ausreichend demokratisch gestaltet werden kann. Die EU ist ein heterogenes Konstrukt, das sich in einem über die Jahrhunderte gewachsenen Potpourri von Nationalstaaten weder zu einem neuen Staat noch zu einer Nation vereinen lässt. Es fehlt eine gemeinsame Kultur, Sprache, Zivilgesellschaft - es fehlt wohl auch der Wille in der Bevölkerung dafür. Deswegen dürfte direktdemokratische Beteiligung aufgrund des fehlenden europäischen Geistes, dem fehlenden Interesse an der EU, der verschiedenen Sprachen vorerst ein hehres Ideal bleiben. Eine europäische Bürger- oder Zivilgesellschaft gibt es (derzeit) nicht.

Zudem lässt sich die demokratische Legitimation eines (mehr oder weniger) demokratischen politischen Systems nicht 1:1 auf die EU mit einer halben Milliarde EinwohnerInnen übertragen. Denn bei proportionaler Verteilung der Sitze im Europäischen Parlament nach Einwohnerzahl der Mitgliedsländer müsste die Anzahl der Parlamentssitze sehr hoch sein - was unpraktikabel wäre. Andererseits ist es entgegen der formalen demokratischen Gleichstellung aller, wenn die Wahlstimmen der Bevölkerung in kleinen EU-Ländern stärkeres Gewicht haben als die aus beispielsweise der BRD oder Frankreich. Aktuell ist dies (aus nachvollziehbaren Gründen) so, da anderenfalls die kleinen Länder kaum Abgeordnete stellen würden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es im Moment an den Voraussetzungen fehlt, um die Europäische Integration so zugestalten, dass sie die sozialen Errungenschaften in Europa verteidigt oder gar eine Umkrepelung der sozialen Verhältnisse ermöglichte. Im Gegenteil dürfte eine verstärkte EU-Integration es den Mitgliedsländer erschweren, sich den aus Deutschland und Brüssel dirigierte Angriffen auf die Sozialstaatlichkeit zu entziehen.

Es ist daher sinnvoll, sich gegen diese autoritäre und neoliberale Fiskal- und Wirtschaftsunion zu positionieren, ohne im Umkehrschluss eine verstärkte und aber demokratischere Integration zu fordern. Natürlich ist dafür Fingerspitzengefühl gefragt, um eine Konnotation von Attac(-Inhalten) mit rechts-nationaler Gesinnung nicht erst zu ermöglichen. Und wie bereits erwähnt ist ein Rückkehr zu nationalstaatlicher Eigenbrötlerei auch keine Option. Zwischenstaatliche Kooperation und Harmonisierungsprozesse sollten sicherlich ein wichtiges Instrument für die Regelung und Regulierung von Europa betreffende Fragen sein. Forderungen in Richtung einer verstärkten Europäischen Zusammenarbeit bleiben sinnvoll: ein EU-weit geltender Mindestlohn sowie eine EU-weite Finanztransaktionssteuer und eine Vermögensabgabe, die Angleichung der Sozialversicherungssysteme und ein europäisches Bafög sind, um nur einige Beispiele zu nennen, erstrebenswerte politische Ziele, für die es sinnvoll ist zu kämpfen.

Wenn Harmonisierungsprozesse nicht unter der Kontrolle der EU stehen und nicht in EU-Recht überführt werden, können die Länder ihre parlamentarischen Kompetenzen wahren und sich gegebenenfalls für einen anderen Weg entscheiden, falls die neoliberalen Kräfte zu erdrückend und unerträglich werden. Dabei ist wichtig, dass soziale Bewegungen und Gewerkschaften Entscheidungen mitgestalten und ggf. verhindern können. Die Zivilgesellschaft, deren europäische Ausführung noch nicht existiert, hat dann die Möglichkeit, Kampagnen und ihren Forderungen national zum Erfolg zu verhelfen, ein Zeichen nach Europa zu senden und zivilgesellschaftliche Vernetzung und Proteste international mitzugestalten.